

Die „Weltzeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.50 M., bei Normalpostbezugs monatlich 3.15 M., bei Zustellung unter Straßland für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Die „Weltzeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.50 M., bei Normalpostbezugs monatlich 3.15 M., bei Zustellung unter Straßland für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2805-06, 2709

# STREIF

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## An die Partei!

## Die Notwendigkeiten des Augenblicks.

Belagerungszustand, Presseverbote und Schutzhaft dauern fort. Diese Maßnahmen treffen in erster Linie die Unabhängige Sozialdemokratie, die Vertreterin des Klassenbewußten Proletariats. Überall werden wir verfolgt und daran gehindert, in freier Weise die Sache der Arbeiterklasse zu vertreten. Und das zu einer Zeit, wo das deutsche Volk so dringend wie nur je einen Anwalt braucht, der rückhaltlos und im offenen Reinigungskampf seine Sache zu führen vermag.

Eine neue politische Krise ist herein gebrochen. Die siegreichen Regierungen der Entente fordern die Auslieferung einer Anzahl von Personen, die beschuldigt werden, Verbrechen gegen Leben und Eigentum von Angehörigen der Ententestaaten begangen zu haben. Die Entente stützt sich dabei auf das formale Recht des Friedensvertrages.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist stets dafür eingetreten, daß die während des Krieges verübten Verbrechen ihre Sühne finden müssen und sie war sich bewußt, damit eine Pflicht zu erfüllen, die allen sozialistischen Parteien obliegt. Alle anderen deutschen Parteien und die Regierung haben es nicht gewagt, gegen die nationalstischen und militaristischen Widerstände diese Pflicht zu erfüllen. Damit tragen sie die Verantwortung für die schwere Krise und für alle Folgen.

Hätten die neuen Machthaber Deutschlands nach der Revolution rechtzeitig die Schuldigen aburteilen lassen, so hätten die Regierungen der Entente die Frage der Bestrafung und Auslieferung nicht in die Friedensbedingungen aufnehmen können. Aber selbst nach dem Unterschreiben des Friedensvertrages hat die deutsche Regierung Zeit genug gehabt, die beschuldigten Personen vor Gericht zu stellen. Damit würde man vor allen Dingen auch den Völkern des Auslands gezeigt haben, daß Deutschland nicht gewillt ist, Verbrechen, auch wenn sie gegen Angehörige anderer Völker verübt worden sind, ungeahndet zu lassen. Nichts ist geschehen! Die Folgen sind neue große internationale Verwicklungen.

Vom Standpunkt des internationalen Sozialismus übersehen wir nicht, daß auch die Regierungen der Entente nicht Richter zu stellen vermögen, die unbefangenen genug wären, unparteiische Urteile abzugeben. Durch den Krieg, durch Chauvinismus und Militarismus ist unter den herrschenden Klassen aller Staaten eine Atmosphäre des Hasses und der Rachsucht

geschaffen. Die Forderung der Entente steht im Widerspruch zu dem Grundgesetz, daß jeder Angeklagte Anspruch auf ein unparteiisches Gericht hat. Aber diese Tatsache rechtfertigt in keiner Weise die wüste nationalstische Heze, die jetzt wieder in verschärfstem Maße eingeseht hat. Die deutschen Nationalisten und Militaristen sind die letzten, die sich über das Verlangen der Entente entrüsten dürften, denn ihr Geist ist es, der diese Forderung diktiert.

Die Regierung hat sich anerkennend erklärt, die Auslieferung durchzuführen. Wenn dem so ist, dann sind auch hierfür allein die Regierung und die Regierungsparteien verantwortlich. Denn sie haben durch ihre Politik nach innen und außen den nationalstischen und militaristischen Kreisen in Deutschland zu einer Macht verholfen, gegenüber der sie sich jetzt selbst als vollkommen ohnmächtig erklären.

Dieselben Kreise, die durch die Entfesselung des Krieges und seine Verlängerung die furchtbare Katastrophe über das deutsche Volk herbeigeführt haben, treiben es neuen Gefahren und Leiden entgegen. Gegen diese ernste Gefahr muß das revolutionäre Proletariat zu einer unerschütterlichen Kampffront sich zusammenschließen.

Parteigenossen, wirkt in der Presse und in Versammlungen, in Betrieben und Werkstätten mit allen Kräften dahin, daß das Volk nicht wieder, wie 1914, in einen nationalstischen Taumel verführt wird. Zerstört die von Nationalisten und Militaristen geschaffene Konfliktstimmung! Verhandlungsmöglichkeiten sind gegeben. Die Regierung muß alle Möglichkeiten durch die eine katastrophale Lösung dieser Krise verhindert werden kann, ausnützen. Unter keinen Umständen darf das Schicksal des ganzen Volkes im Interesse einzelner Personen aufs Spiel gesetzt werden.

Es ist die Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratie, der nationalstischen Heze der Völkerverderber die internationalen sozialistischen Grundzüge des Klassenbewußten Proletariats aller Länder entgegenzustellen.

### Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Die Auslieferungsliste.

Die Regierung löst durch Wolffs Bureau den ersten Teil der von der Entente überreichten Liste der Angeklagten verbreiten, und zwar jenen Teil, der die nicht namentlich festgestellten Angeklagten enthält. Ein Teil der Berliner Presse konnte schon gestern abend einen halbamtlichen Auszug aus der Liste bringen, dessen Aufmachung im striktem Widerspruch zu der Erklärung steht, man wolle der Liste in ihrem ursprünglichen Umfang die weitestest Verbreitung geben, schon um etwaigen Versuchen, durch tendenziöse Auszüge einen falschen Eindruck hervorzurufen, zu begegnen. Die halbamtliche Rundgebung macht vielmehr ganz genau den Eindruck eines „tendenziösen Auszugs“, der keineswegs geeignet erscheint, eine richtige Vorstellung von der in der Liste vorgebrachten Anklagen zu erwecken.

Wir behalten uns vor, über die Liste selbst zu urteilen, sobald ihr Inhalt bekannt sein wird. Vorläufig möchten wir nur unserem Erstaunen Ausdruck geben, daß die Regierung, im Anschluß an die beginnende Veröffentlichung der Liste, verstanden läßt, der Reichsjustizminister hat den Oberreichsanwalt Zweigert angewiesen, in jedem zu seiner Kenntnis kommenden Fall tatsächlicher Kriegsverbrechen die Eröffnung der Voruntersuchung anzuordnen. Ferner sollen alle Akten über Verhandlungen feindlicher Geleuten in deutschen Logern für eine umfassende Untersuchung herangezogen und das gesamte Material über Strafverfahren gesammelt werden, das bisher auf Grund ähnlicher Tatbestände eingeleitet worden ist. Weshalb sind alle diese Maßnahmen nicht schon früher getroffen worden? Es müßte sich um Deutschland, wenn

die Regierung durch rechtzeitig ergriffene Maßnahmen den Willen und die Kraft gezeigt hätte, die Kriegsverbrecher ohne Rücksicht auf Rang und Stand zur Verantwortung zu ziehen.

### Wilhelm Jun. stellt sich freiwillig.

Der ehemalige Kronprinz hat ein Telegramm an die Staatsoberhäupter der Ententemächte gerichtet, in dem er sich als „Schlachtopfer“ an Stelle der angeforderten 900 Personen anbietet.

Ohne dieses Angebot des kaiserlichen Stappenzitters anders als eine schöne Geste zu werten, verweisen wir auf einen Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ vom Montag abend, in dem es heißt:

„Die von den Feinden angebotenen Deutschen haben nicht allein keine Pflicht, sich freiwillig zu stellen, sondern sie haben auch nicht das Recht. Wer sich freiwillig stellt, verleiht damit die souveränen Rechte Deutschlands, des Volkes und des Staatswesens. . . . Selbst wer den Begriff der nationalen Ehre nicht kennt oder nicht anerkennen will, selbst wer nicht begreift, daß die Feinde ihre Forderung nicht um angeblicher Verbrechen willen, sondern solche nur zum Vorwand nehmen, um das Deutsche Reich zu zerstören und als Volk auszuwachen, — selbst wer hier nur ein Vakuum enthält, müßte also begreifen, daß Selbstgestellung etwas Unerschütterliches ist, daß sie ein Verbrechen gegen Staat und Volk bildet.“

Nach dieser Auslassung ist also der Hohenzollernspröß ein Verbrecher gegen Staat und Volk, der den Begriff der nationalen Ehre nicht kennt oder nicht anerkennen will.

Oder sollte sich die Anschauung des monarchistischen Staates nach der Stellungnahme des Revolutionärs Kronprinz über Recht ändern?

Jedes Land hat das Recht, seine Verbrecher selbst abzuurteilen, und es ist mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht vereinbar, daß siegreiche Staaten die Jurisdiktion über die Angehörigen eines besiegten Volkes beanspruchen. Diesen Standpunkt haben wir gegenüber der Anklageforderung der Entente mit unsern Nationalisten gemeinsam. Nur besitzt seine Vertretung für uns in mehrfacher Hinsicht einen anderen Sinn als für diese. Die Rechte will die Angeklagten nicht nur dem fremden Gerichtshof entziehen, sondern sie lehnt es, offen ausgesprochen oder nicht, überhaupt ab, ihnen den Prozeß zu machen. Nach unserer Auffassung sind die, die auf der Liste stehen, und nicht sie allein verbrecherischer Handlungen verdächtig, die eine Sühne erheischen. Wir fordern daher die Einkerbung eines Verfahrens, aber — und das ist der zweite Unterschied — wir haben zu der Unbefangtheit der deutschen Gerichte nicht mehr Vertrauen als zu der der französischen und englischen.

Aus dieser Beurteilung der Frage ergibt sich der Schluß: Erstens wir liefern nicht aus; zweitens, wir verlangen für die Kriegsverbrecher ein Gericht, das uns die nötigen Garantien bietet, also etwa ein Revolutionstribunal oder dergleichen.

Die Konsequenz scheint zwingend. Aber es ergibt sich auf den ersten Blick ihre praktische Unmöglichkeit in der gegenwärtigen Situation. Sie ist sozusagen durch ein Experiment im luftleeren Raum gewonnen. Sie berücksichtigt nicht die tatsächlichen Verhältnisse und kann also nur für eine weisfremde Sekte, nicht aber für eine politische Partei, die mitten im Leben steht, in Betracht kommen.

Zunächst einmal hat Deutschland den Friedensvertrag unterzeichnet, und wir Unabhängige haben auf dieser Unterzeichnung mit allem Nachdruck bestanden, weil wir dem Land die beiden ersparen wollten, die eine Ablehnung unweigerlich nach sich gezogen hätte. Die Regierung hat mit ihrer Unterschrift die Verpflichtung übernommen, den ernstlichen Versuch zu einer Erfüllung der Vertragsbedingungen zu machen. Wenn die Ausführung, wie im vorliegenden Falle, undurchführbar ist, so hat sie die Aufgabe, sich ernstlich um eine Verständigung mit den Gegnern zu bemühen. Sie muß alles daran setzen, einen Weg zu finden, auf dem die furchtbaren Folgen, die die Nichterfüllung für das gesamte Volk und nicht zuletzt für die Arbeiterklasse heraufbeschwören kann, vermieden werden. Aus diesem Grunde verurteilen wir aufs schärfste alle jene amtlichen und halbamtlichen Äußerungen, die auf einen Mangel an gutem Willen schließen lassen. Die Richtung was und ist für die Staatsleiter vorgezeichnet. Sie haben ihre Pflicht anzuerkennen und gleichzeitig die Tatsachen bekannt zu geben, die sie daran hindern, ihr zu entsprechen. Soudit sie anders, so wird der Glaube an ihre Ehrlichkeit überhaupt erschüttert und die Entente muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß sich bei jedem einzelnen Paragraphen des Vertrags dasselbe Schauspiel wiederholen wird.

Es ist zunächst abzuwarten, ob sich der Oberste Rat der Alliierten mit der Bereitwilligkeit, die Angeklagten vor ein deutsches Gericht zu ziehen, abfinden würde. Die Aussichten scheinen uns nicht besonders groß zu sein; aber selbst, wenn es so käme, würde das deutsche Gericht unsern sozialistischen-revolutionären Anforderungen, wie gesagt, nicht entsprechen. Uns schwebt eine Art von Revolutionstribunal als Ideal vor.

Dieses Revolutionstribunal ist jedoch nicht vorhanden und kann unter den obwaltenden Verhältnissen in Deutschland nicht geschaffen werden. Unsere Forderung würde also praktisch darauf hinauslaufen, daß die Schuldigen tatsächlich straflos wären bis zu der Stunde, in der wir, an die Macht gelangt, ein Verfahren nach unsern Vorstellungen eröffnen könnten. Sie bleibt natürlich bei den parteipolitischen Machtverhältnissen auf dem Papier stehen, aber schon ihre Aufstellung wäre eine Zumutung, da eine Gerichtsverhandlung, so einseitig sie auch immer geführt sein mag, und so wenig ihr Geist unsern Wünschen entspricht, doch unter allen Umständen aufklärend wirken würde. Unser Hauptziel kann ja nicht die Verurteilung der Verbrecher sein, wenigstens nicht der politischen. Wir wollen sicheres Material erhalten, um der nationalstischen Agitation entgegenzutreten und der Masse die Wahrheit näherbringen zu können. Diesen Erfolg kann aber auch der Prozeß vor einem Gerichte bringen, dessen Zusammenlegung wir ablehnen. Die Verfahren gegen Maslows und Kallfeld sind ja nicht nur dem parlamentarischen Unter

... führungsausführung haben es befohlen. Wenn wir nur die Wahl zwischen einem schlechten Gerichtshof und dem vollständigen Verzicht auf die Rechtsverfolgung haben, so ist der schlechte Gerichtshof immer noch vorzuziehen.

Dazu kommt aber noch ein anderes. Handelte es sich in der ganzen Sache nur um politische Beschuldigungen oder auch nur um solche rein militärischer Natur, so wäre es zur Not zu verstehen, wenn wir uns darauf beschränkten, das Ideal des Revolutionstribunals zu verkörpern. Aber die uns von den Militärtribunalen überreichte Liste enthält zum sehr großen Teil ganz andere Anklagen.

In ihr befindet sich keiner, dem die Urbeerbenschaft am Kriege vorgeworfen wird, und die Zahl derer, die ausgeliefert werden sollen, weil sie sich ganz allgemeiner Verbrechen wider das Völkerrecht (Bestimmungen des Völkerrechts der belgischen Neutralität, Tirpitz: Anordnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges usw.) schuldig gemacht haben, ist verhältnismäßig gering. Hindenburg, Ludendorff und andere Heerführer, wofür man im wesentlichen ihre Befehle zur Beschießung offener Städte, zur Verwüstung fremden Gutes und Eigentums, zur Einleitung der Deportation usw. vor, aber wenn auch diese Verbrechen vielleicht noch als solche angeprochen werden können, die sich aus dem Kriege als solchem ergeben, so nennt das umfangreiche Klientel doch zahlreiche Personen, die gemeiner Verbrechen beschuldigt werden. Mißhandlung der Zivilbevölkerung und der Gefangenen, Raub, Brandstiftung, Diebstahl, vorsätzlicher Mord spielen die allergrößte Rolle. Prinzen und Generale werden in dieser Beziehung ebenso angeklagt, wie untergeordnete Offiziere, Unteroffiziere usw. Ein Schauer erregendes Material wird vor uns enthüllt.

Sind wir etwa in der Lage, auch angesichts dieser Frevel unsere Uninteressiertheit an den zur Zeit möglichen Verfahren zu betonen und auf einen späteren Revolutionsgerichtshof zu verweisen? All unser Mißtrauen gegen bestehende Gerichte kann unsern Wunsch nicht beeinträchtigen, die Mörder und Diebe sofort zur Aburteilung gebracht zu sehen. Ihre Taten schreien nach schneller Sühne, und daher haben auch wir nicht nur aus Gründen der internationalen Politik, sondern aus solchen der Gerechtigkeit und Keimlichkeit positiv zu fordern, daß Schritte getan werden, um so schnell als möglich auf die eine oder die andere Weise die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Unsere allgemeine Auffassung über die gegenwärtige Rechtspflege und ihre Umgestaltung in einem wirklich revolutionären Deutschland werden durch die Erkenntnis der Notwendigkeiten des Augenblicks nicht berührt.

## Rechtsbruch?

Ob Herr von Kessel verurteilt oder freigesprochen wird, steht noch dahin. Auf keinen Fall wird seine Strafe streng ausfallen, denn er hat so genau wie der Graf Arco-Bellay aus edlen patriotischen Beweggründen gehandelt. Außerdem hat er das Glück, daß einer der Hauptbelastungszeugen, der deutschnationalen Herrar Kumy, eine — sagen wir milde — etwas sonderbare Figur ist. Die Verleumdung charakterisieren ihn, gestützt auf Mitteilungen, die sie aus seinem früheren lehrergerischen Wirkungsbereich erhalten haben, als pathologischen Dignier.

Über diese und noch einige andere Dinge wird nach dem Abschluß des Prozesses noch einiges zu sagen sein. Aber heute können schon zwei Punkte behandelt werden, über die das Verfahren einen, wenn auch kaum überrassenden, so doch sehr bemerkenswerten Aufschluß gegeben hat.

In dem Prozeß Marloh waren eine Reihe von Fragen unklar geblieben oder, deutlicher gesprochen, abschließend im Dunkeln gelassen worden. Darunter vor allem die, ob der Oberkommandant von Kessel die Flucht des Mannes, dem die Erkennung der 32 Matrosen zur Last fällt, vollständig aus eigener Initiative betriebe hätte, und die andere, woher die Bekträge stammten, die Marloh teils übergeben, teils in Aussicht gestellt worden waren. Restlosen Aufschluß haben wir über diese Gegenstände auch jetzt noch nicht erhalten. Wir sind indessen der Wahrheit schon beträchtlich näher gekommen, und um es gleich auszusprechen: Das Reichswehrministerium und sein Chef Herr Roske werden über die Enthüllung dieser Wahrheit keine besondere Freude empfinden.

Zunächst die Gelder. Sie flossen, wie es scheint, ursprünglich aus privaten Quellen, sind aber dann dem Herrn von Kessel auf dienstlichem Wege überwiesen worden. Der Oberst Weber, der im Ministerium des Innern beschäftigt war, um die Sicherheitswehr zu organisieren, sagt aus, daß ihm aus den Kreisen des verängstigten Bürgertums beträchtliche Summen zur Unterstützung des militärischen Sicherheitsapparates zugegangen seien. Es soll sich dabei um zwei bis dreihunderttausend Mark gehandelt haben. Es würde natürlich von großem Interesse sein, zu wissen, wer im einzelnen hier seine Freigebigkeit bewiesen hat. Aber darüber lassen sich einmischen nur Vermutungen anstellen, denn für die Geretteten sowohl wie für die Retter ist Diskretion Ehrensache.

Nur soviel steht fest, daß Weber an Kessel 20 bis 30 000 Mark abgeliefert hat, und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, Marloh zur Flucht zu verhelfen. Er rühmt sich dessen. Er ist überzeugt, dem Vaterlande einen Dienst geleistet zu haben, als er in der kritischen Zeit, in der nach seiner Behauptung die Richter nicht in der Lage waren, unabhängig Recht zu sprechen, dazu beigetragen hat, einen schweren Verbrechens verdächtigen Offizier dem Arm der Gerechtigkeit zu entziehen. Dieser Synismus ist bemerkenswert, und man darf sich wohl die Frage vorlegen, ob die Verböden die merkwürdige Auffassung des Herrn Weber teilen werden, oder ob sie den nach unserer Meinung selbstverständlichen Entschluß aufbringen, gegen ihn einzuschreiten. Daß überhaupt diese Frage gestellt werden kann, beweist, in welchen Umständen wir leben.

Der Organisator der Sicherheitswehr ist jedoch nicht die einzige Stelle, die das Unternehmen des Herrn von Kessel finanzierte. Der Angeklagte hat ausgesagt, daß er außerdem Gelder vom Generalkommando Littwitz, vom Hauptmann Moicizewitsch und von der Abteilung Ic des Oberkommando Roske erhalten habe. Das Korps Littwitz, dem der Hauptmann Moicizewitsch angeteilt war, möge beiseite bleiben, dem Oberkom-

mando Roske kann diese Günstlichkeit gewährt werden. Wenn eine Anstalt, die in erster Linie dazu berufen ist, für die „Sicherheit und Ordnung“ zu sorgen, ihre Machtvollkommenheit dazu benützt, einem Offizier, auf dem ein schwerer Verdacht lastet, zur Flucht zu verhelfen, so erwächst die Pflicht, diesen Fall auf das allergenauste zu prüfen. Wer war zu jenem Zeitpunkt der Leiter der Abteilung Ic? Weiter: Konnte diese Persönlichkeit selbständig und nach eigenem Gutdünken über die zur Verfügung stehenden Gelder disponieren?

Wir erwarten eine klare Antwort. Aber wie sie auch immer ausfallen mag, sie wird den Oberkommandanten selbst, das heißt den Reichswehrminister nicht entlasten können. Er trägt die Verantwortung für das, was sich in seinem Ressort abspielt. Von ihm fordern wir Rechenschaft. Er wird sich darüber zu äußern haben, ob er von dem Treiben seiner nachgeordneten Instanzen Kenntnis besaß, oder ob in seinen Bezirken derartige wilde Zustände geherrscht haben, daß die Dienststellenleiter auf eigene Faust die unerhörtesten Uebergreife begehen konnten. Auf jeden Fall ist, wenn die Aussagen des Herrn von Kessel auf Wahrheit beruhen, Roske schuldig, und lebten wir in einer Demokratie, die diesen Namen verdiente, so würde er seinen Tag länger im Amte bleiben können.

Noch belastender aber als die Befundungen des Angeklagten ist die Zeugenaussage des Hauptmanns Vobst, der früher die Seele der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gewesen ist. Der hatte, wie er sich bestimmt erinnert, vor der Flucht Marlohs ein Gespräch mit dem Reichswehrminister in Gegenwart des damaligen Adjutanten, Major von Gilla. Roske gab dabei unzweideutig seine Ansicht zu erkennen, daß der Prozeß gegen Marloh unter den damaligen politischen Verhältnissen aus vaterländischen Gründen besser nicht stattfinden solle.

Seine Neuherungen waren nicht so gehalten, daß man aus ihnen unmittelbar auf seinen Wunsch schließen konnte, es möchten aktive Schritte unternommen werden, indessen was tut das zur Sache? In dem Augenblick, wo der oberste Chef der militärischen Organisation die Unzweckmäßigkeit eines Verfahrens gegen den Uebelthäter auch nur andeutet, ist allen Offizieren der Rücken gebogen. Selbst wenn seine Bemerkung nur ganz allgemein gehalten war, selbst wenn er an eine Flucht Marlohs gar nicht gedacht haben sollte, so mußte er sich doch darüber vollständig im Klaren sein, daß seine Worte geeignet waren, die Führer der Freikorps und die übrigen in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu rechtswidrigem Vorgehen zu ermuntern. Der Reichswehrminister hält aus vaterländischen Gründen den Prozeß gegen Marloh für inopportun. Die nationallistischen Offiziere werden doch nicht weniger patriotisch sein als ihr sozialdemokratischer Minister. Sie werden sich bemühen, den Wunsch ihres Vorgesetzten mit den Mitteln, die ihnen geläufig sind, zu erfüllen.

Roske ist mit einem Wort des Eingriffs in ein schwebendes Rechtsverfahren angeklagt. Seine Auslassungen gegenüber dem Hauptmann Vobst laufen auf den Versuch hinaus, ein Verbrechen, das nach schneller Sühne schrie, zu verdunkeln, und ungeklärt muß festgestellt werden, ob seine Kollegen in der Regierung und ob das Parlament auch in diesem Falle die vaterländischen Rücksichten als genügenden Rechtfertigungsgrund werden gelten lassen.

Ist das der Fall, dann steht die deutsche Republik weit unter dem absolutistischen Staatstypus der Vergangenheit. Es hat immer als ein Zeichen der tiefsten politischen Unfähigkeit und der verderblichsten Korruption gegolten, wenn ein absoluter Herrscher oder einer seiner Diener ihre Macht benutzten, um der Gerechtigkeit in die Arme zu fallen und das Recht zu beugen. Soll das neue Deutschland wirklich in die gleichen verurteilten Methoden verfallen? Soll die Freiheit dieser Republik darin bestehen, daß ihre regierenden Männer nicht mehr gehalten sind, das geschriebene Recht und die Gerechtigkeit zu respektieren?

## Der Kesselprozeß verlagert.

### Kessel aus der Haft entlassen.

Im Kesselprozeß hatten am Montag in früherer Nacht die Verteidiger ihre Widerwehr beendet. Da sich Kessel krank fühlte, konnte er nicht das letzte Wort ergreifen. Der Vorsitzende verlegte deshalb die Sitzung auf Dienstag. Als die Verhandlung gestern vormittag wieder aufgenommen worden sollte, war der Angeklagte nicht erschienen. Er ist an Grippe erkrankt, hat hohes Fieber und war nach Aussage des Universitätsprofessors Dr. Leschke, nicht verhandlungsfähig. Die Verhandlung wurde deshalb unterbrochen und soll am Freitag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, fortgesetzt werden. Kessel ist auf Veranlassung des Kriegsgerichtsrats Dr. Wilmann aus der Haft entlassen worden, da er sich infolge des hohen Fiebers in Lebensgefahr befinden soll.

## Die nationallistische Heze.

### Studententomödie.

Die nationallistischen Studenten Berlins hielten gestern vormittag im Vorgarten des Universitätsgebäudes eine Versammlung ab, um gegen die Auslieferung zu protestieren. Die Universität war zu diesem Zweck geschlossen worden, die schwarz-weiß-rote Fahne wurde als Halbmaß gesetzt, und um dem Tag eine besondere Bedeutung zu geben, wurde sogar die Kriegsflagge hochgezogen. Ein Student namens Diertimpel hielt eine Ansprache, in der er die Idee des Internationalismus und der Völkerverbrüderung wohnwichtig nannte und ihre Träger als Vaterlandsverräter bezeichnete. Die Ausführungen des Redners der Universität, Professor Dr. Weber, standen geistig auf derselben Stufe. Im ganzen genommen war die Kundgebung ein charakteristisches Zeichen für die politische Unreife der Demonstranten. Der Wunsch der Akademiker, aus dem die Redner ihre ganze Weisheit schöpften, ist zu abgeriffen, als daß damit bei einem politisch selbständigen Kopf noch irgend ein Eindruck hervorgerufen werden könnte.

Daß die nationallistischen Kreise aber nicht nur unreifen Gedanken huldigen, sondern auch unreifen Taten im Sinne haben, ging aus der Ansprache eines Vertreters der landwirtschaftlichen Hochschule hervor. Er sagte, daß eine Organisation in Vorbereitung sei, die den Widerstand organisierte und unter der Leitung eines bekannten Führers (Ludendorff?) liege.

Die Kommissionen wurden aufgefordert, sich in eine Kiste einzulegen zu lassen. Wer im Kampfe für Deutschlands Selten falle, werde zu den Besten der Nation gerechnet werden.

So spielt der Nationalismus mit dem Feuer. Am Ende wird er sich aber doch die Finger dabei verbrennen und das Volk, das sich an den Worten dieser Loren heranzücht, wird, wenn die Klänge erst verklungen sind, einsehen, daß es wieder einmal ebenso wie 1914, ins Gorn gegangen ist. Das schlimmste bei der ganzen Sache ist aber dies, daß das B. L. B. es für notwendig erachtet, über die Kundgebung einen langen Semmer in die Welt zu schicken. Was im Jahre 1914 als gewaltige Vorgänge begann, das endet jetzt als unverständige Komödie.

## Aufruf zum Meuchelmord.

Unter der Überschrift „Ein Egoist“ veröffentlicht die „Staatsbürger Zeitung“ folgende aufreizende Notiz:

In einem Bierhaus der Friedrichstadt erschah sich am Donnerstag ein Leutnant Willy v. Borgen. Es ist schlecht um ein Volk bestellt, dessen Bürger nur an sich denken. Konnte Herr v. Borgen nicht, bevor er sein Verbrechen ausführte, noch einen jener Verräter, die es offenkundig mit unseren Kriegsgenossen hätten, auf die Reise ins unbekannte Land mitnehmen?

In der Tat: es ist schlimm um ein Volk bestellt, dessen politische Sitten in so hohem Maße verrotten sind, daß eine so unverständige Heze zum politischen Mord ungehindert betrieben werden kann.

## Minister Müller über die Auslieferungsfrage.

Berlin, 10. Februar.

Reichsminister Müller hat Herrn Segru, dem Korrespondenten von Daily News eine Unterredung gewährt. Auf die Frage des Herrn Segru: Welche Haltung nimmt die deutsche Regierung hinsichtlich des Auslieferungsparagrafen des Friedensvertrages ein und welche Wirkungen wird die Veröffentlichung der Auslieferungsliste haben? antwortete der Reichsminister:

Die gegenwärtige deutsche Regierung ist die gleiche, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages sanctioniert und den Vertrag ratifiziert hat. Sie will das Menschenmögliche leisten, um den Vertrag auszuführen, aber die Auslieferung der angeforderten Deutschen 16 Monate nach Einsetzung der Feindseligkeiten geht über die Kraft jeder deutschen Regierung.

Beschle über die Inkompetenzen innerhalb des Kabinetts machen die Runde. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um die Tatsache zu unterstreichen, daß das Kabinett in dieser Frage absolut einig ist, ebenso wie die Reichsregierung ganz emig darin ist, daß diejenigen, die eines Verbrechens schuldig sind, bestraft werden müssen. Wege dazu hat die deutsche Regierung angedeutet. In dem die alliierten Regierungen und diese Liste einhängen, geben sie den Strafbestimmungen eine Deutung, die trotz des guten Willens der deutschen Regierung die lokale Erfüllung dieses Teiles des Friedensvertrages physisch unmöglich macht.

## Die Thronrede des englischen Königs.

London, 10. Februar.

Der König eröffnete heute in Person das Parlament. Seine Rede nahm Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und die bevorstehende Ratifikation der Verträge mit Österreich und Bulgarien. Sie brückte die Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluß mit Ungarn und der Türkei aus. Es heißt in der Rede:

Eine Anzahl von Sitzungen, die vor kurzem in London und Paris stattfanden, haben die ausgezeichneten Ergebnisse, die mit allen unseren Alliierten bestehen, festgestellt. Es wird in der Rede weiter der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Lösung der abstrakten Streitfrage bald erzielt wird, und erklärt, es sei wesentlich, daß der Frieden und normale Zustände im Wirtschaftsleben Osteuropas und Rußlands wiederhergestellt werden. Erkennen und Frankreich näherten sich mit raschen Schritten der Stabilität und der Wohlfahrt. Alle Klassen mühten jedoch fortzuführen, sich an dem Werke des Wiederaufbaus zu beteiligen. Die Lage in Irland erzeuge ernste Besorgnisse. Eine Bill für eine bessere Regierung dieses Landes werde unverzüglich eingebracht werden. Die Rede kündigte Maßnahmen betreffend Versicherung gegen Erwerbslosigkeit sowie eine Regelung der Arbeitszeiten und der Mindestlöhne und Bestimmungen gegen das Dumping an.

## Englische Stimmen für eine Revision des Friedensvertrages.

H. N. London, 10. Februar.

„Manchester Guardian“ befragt heute die Tatsache, daß England und Frankreich jedem Wünsche nach einem Nachgeben in der Auslieferungsfrage das Argument entgegenhalten, es handele sich um eine Kraftprobe. Wenn man hier nachgibt, müsse man überall nachgeben. Das Blatt meint, das sei ein Argument der Schwäche und der Torheit. Der Vertrag werde nicht dadurch am besten verteidigt, daß man sich auf diejenigen Bestimmungen verleihe, die sich am wenigsten verteidigen ließen, sondern dadurch, daß man diese Bestimmungen ändere und aus einem unbrauchbaren ein brauchbares Werkzeug mache. Nichts sei sicherer, als daß der Vertrag dann in seinem vollen Umfang ausgeführt werden könne. Warum alsdann nicht den Mut haben, ihn zu verbessern? fragt das Blatt, wo er verbessert werden muß.

New Statesman tritt im Zusammenhang mit der Auslieferungsfrage ebenfalls für eine Abänderung des Vertrages ein und meint, eine Revision sei absolut notwendig. Es könne auch eine Revision sein, die allmählich zustande komme, z. B., wenn man den Deutschen gestatte, bestimmte Artikel, die von der öffentlichen Meinung der westlichen Länder doch nicht unterstützt würden, nicht durchzuführen. Man werde auf diese Weise zu einer Auslieferung der Friedensbestimmungen kommen. Der Vertrag bleibe dann in Kraft, insofern als das französische und das englische Volk ihn unterstütze. Die Bestimmungen über die sogenannten Kriegsverbrecher seien oder dem Vertrag nur hinzugefügt worden, damit noch mehr Papier verschwendet werde.

„Nation“ erinnert an die Bedingungen, unter denen Deutschland den Waffenstillstand geschlossen hat. Das Blatt schreibt, es wären hauptsächlich die bekannten 14 Punkte des Präsidenten Wilson, die als Grundlage dienen sollen. Wenn einige Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages gegen die Alliierten das Recht, deutsche Offiziere und Staatsmänner zu

# Heute Zahlabend in Groß-Berlin.

Ein Kriegsgericht in den Entente-Ländern anzufordern. Die Bestimmungen des Friedensvertrages seien von den Deutschen nur gezwungen unterzeichnet worden und ständen im Widerspruch zu den Waffenstillstandsbedingungen. Das Blatt hofft, daß sich noch ein Ausweg finden werde, um den Schwierigkeiten zu entgehen. Es sei höchste Zeit, daß Liberale und Sozialisten gemeinsam gegen ein Unrecht aufstehen, das außerdem auch noch eine Gefahr bedeute.

## Kaiserkronung in England.

Amsterd., 10. Februar.

Der Parlamentsberichterstatter der „Westminster Gazette“ ist der Ansicht, daß Lloyd George nach einer günstigen Gelegenheit aussteigt, um das Parlament aufzulösen und einen neuen Ruf an das Volk zu richten. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Lloyd George und der konservativen Partei vergrößerten sich dauernd.

## Die Hölle von Hajmáster.

Ein ungarischer Genosse, dem es gelang, aus Hajmáster zu entkommen, schreibt in der Preßburger Volksstimme, dem Organ der deutschen Sozialdemokratie in der Slowakei:

Es ist unmöglich, sich die Leiden dieser vorkriegs- und als Opfer der ungarischen Ordnungsbewegung im Internierungslager von Hajmáster ihrer Erlösung durch den Tod entgegenzusehen. Nur wenige der Internierten waren wirklich Mitläufer der proletarischen Revolution. Die meisten sind Intellektuelle, die während der Diktatur den Sinn der proletarischen Revolution instinktiv gespürt und ihre Hochachtung der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt haben. Viele Frauen hüten dort als einzige Schuld ihre Zugehörigkeit zur proletarischen Klasse, die Arbeit ihrer Männer, ihrer Brüder und Väter im Dienste des Sozialismus. Niemand weiß, wofür man ihn strafft. Denn die Internierung ist ja, so versichert die ungarische Herrscherregierung, überhaupt keine Strafe. Ihre Verhängung unterliegt keinem Justizverfahren, wird nicht, wie die Gefängnisurteile der Justiz auf einen gewissen Zeitraum beschränkt; sie soll nur die Gegenrevolution vor den „Verdächtigen“ schützen. Und der blinde wütende Selbsthaltungstrieb der Gegenrevolution hält alles für bedächtig.

Die Nahrung der Internierten besteht aus einer Wasserstuppe und 12 Delogramme Brot für den ganzen Tag. Wöchentlich zweimal sind Fasttage verordnet, an denen die Internierten nur schwarzen Kaffee erhalten. In der größten Kälte und im Regen müssen sie barfuß gehen, denn man hat ihnen ihr ganzes Schuhzeug fortgenommen und auch an Wäsche und Kleidern nur das gelassen, was sie bei der Verhaftung auf dem Leib hatten. Da es unmöglich ist, sich bei der furchtbaren Kälte in den Wägen zu entkleiden, bleiben die Kleider wochenlang auf dem von Ungeziefer zerfressenen und mit allen Hautkrankheiten überdeckten Körper. Jede geistige Nahrung, auch Zeitungsliteratur, ist den Gefangenen verweigert. Und inwischen mühen unter ihnen der Typhus, dem schon unzählige zum Opfer fielen. Die Erkrankten erhalten keinerlei ärztliche Pflege, bleiben in der Mitte ihrer noch gesunden Schicksalsgenossen, bis sie von Hunger verdrückt sind und in der Kälte in Erdhöhlen, die von Internierten gegraben werden müssen, verharren. Man geht bemüht darauf aus, alle Insassen des Internierungslagers auszurotten.

Viele dieser Unglücklichen beneiden die toten Kameraden. Täglich kommt es vor, daß einige Selbstmord zu verüben versuchen, da sie ihrer Qualen, des Hungers, der Mißhandlungen durch die vertierten Wächter, der unzähligen Demütigungen überdrüssig sind.

Aber die meisten, in völliger Apathie verfallen, sind nicht einmal mehr zu solchen Versuchen fähig. Wie Tiere leben sie von einem Tag zum anderen, ohne jede Hoffnung, daß einmal ihr Leiden ein Ende nehme.

## Die Einnahme Odeßas.

London, 10. Februar.

Daily Mail meldet: Nach einem Telegramm aus Moskau hat der Einzug der Roten Truppen in Odeßa am Sonnabend begonnen. Der Feind leistete in der Stadt heftigen Widerstand. Die Stadt wird durch feindliche Schiffe bombardiert.

## Polen und Rußland.

Wie die „T. U.“ aus Warschau berichtet, beabsichtigt die bolschewistische Sozialdemokratie, in ganz Polen den Generalstreik zu proklamieren, falls auf den Friedensvorschlag Sowjetrußlands nicht eingegangen wird. Die „Times“ melden nach, daß Polen als Grundlage etwaiger Unterhandlungen von Sowjetrußland verlangen werde: 1. Anerkennung der neu gebildeten kleinen Staaten auf dem Gebiete des alten Jarenreiches, besonders auch der Ukraine, 2. Sicherheiten, daß die Sowjetrepublik auch tatsächlich das russische Volk vertrete und daß Rußland die Macht habe, durch selbstgewählte Vertreter zu sprechen. — Bei der Beratung der politischen Lage im Reichstag bildete das Friedensangebot den Gegenstand der Verhandlung. Es wurde beschloffen, eine außerordentliche Session des Reichstages zur Besprechung der Frage des Friedensschlusses mit Rußland einzuberufen.

## Skandinavische Arbeiteraktion für Rußland.

Das Zentralkomitee der sozialistischen und revolutionären Arbeiterorganisationen Skandinaviens erläßt einen Aufruf zur Abhaltung einer Agitationswoche vom 15. bis 22. Februar. In Massenversammlungen und Demonstrationen sollen der allgemeine Friede, die vollständige Aufhebung der Blockade über Rußland und die Wiederaufnahme der diplomatischen und kommerziellen Verbindungen mit Sowjetrußland verlangt werden. Verbunden sein soll die Aktion mit einer Sammlung von Geld- und Naturalabgaben für die Sowjetrepublik.

## Vor großen Wirtschaftskämpfen in Dänemark.

Nach den äußerst fatalen Kriegskonjunktursorgen ist in Dänemark die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges gekommen. Zeiten und Bankrotte stehen auf der Tagesordnung, was sich

nach außen in dem rapiden Fall der dänischen Krone bemerkbar macht. Am 1. Februar sind 114 Tarifverträge abgelaufen. Bei der Erneuerung derselben wollen die Arbeitgeber, ungeachtet des herienierten Lebensunterhaltes, feinerer Lohnaufbesserungen, Arbeitszeitverkürzungen und Ferienbestimmungen bewilligen und stellen einen Streikfonds von 25 Millionen Kronen bereit. Die Arbeiter wiederum sehen einen eventuellen Status quo ante als Verschlechterung an und rufen ihrerseits zu umfassenden Aktionen: Es droht in ca. 300 Branchen zu größeren Konflikten zu kommen.

Die Pressequelllinie. Die T. U. meldet, sind die „Medienburger Nachrichten“ auf Anordnung des Reichswehrkommandos Slettin auf die Dauer von drei Tagen verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen der in einem Artikel gemachten Unterstellung, wonach die deutschen Regierungen den fremden Regierungen in der Auslieferungfrage zu Willen sein würden.

## Erzberger gegen Helfferich.

Der gestrige Verhandlungstag im Prozeß Erzberger gegen Helfferich wurde damit ausgefüllt, die Tätigkeit Erzbergers als Schiedsrichter und Aufsichtsrat der Berger-Liebmann-W. zu beleuchten. Helfferich behauptete, daß Erzberger wiederholt zwischen der Berger-Liebmann-W. und dem Reichsanwaltschaft als Schiedsrichter fungiert und für die Gesellschaft günstige Entscheidungen ergiebt habe. Für seine Verdienste sei dann Erzberger in den Aufsichtsrat der Gesellschaft berufen worden. Die Gesellschaft habe bei den Behörden in keinem guten Ruf gestanden, der Firma wurden wichtige Arbeiten, die sie auf dem östlichen Kriegsschauplatz ausführen, entzogen. Erzberger war an der Firma auch durch Aktienbesitz beteiligt und hat ihr als Mitglied der Waffenstillstandskommission noch insofern einen Dienst geleistet, als er den Leiter des Unternehmens, dem Kommerzienrat Julius Berger, zum Wiederaufbau-Kommission ernannt hat. Das sei ein Schandbeispiel für den üblichen Mißbrauch politischer Macht und amtlicher Gewalt zu persönlichen Zwecken. Erzberger, in dieser Angelegenheit als Zeuge vernommen, drehte den Spiegel um und warf Herrn Helfferich vor, daß er sich früher auch gewisse Provisionszahlungen gewähren ließ. Es kam dieserhalb zu einem heftigen Zusammenstoß. Erzberger gab schließlich an, daß er an der Firma mit 40 Aktien zu je 10000 Mark beteiligt gewesen sei. Als Aufsichtsrat habe er im ersten Jahre 60000 Mark bezogen, dazu Konten vom Reingewinn. Er habe an der Gesellschaft kein weiteres finanzielles Interesse gehabt. Zwischen Erzberger und Helfferich entspann sich dann folgender Dialog:

Erzberger: Gerade Helfferich hat zu solchen Angriffen kein Recht. Als er im Kolonialministerium saß, hat er sich sehr für das Projekt der deutsch-afrikanischen Bahn eingesetzt. Seine Vorlage wurde dann von mir verbessert. Dann trat Helfferich als Direktor in die anatolische Bahn ein. Nachdem er so acht Jahre privat tätig war, ließ er sich diese Zeit bei seiner Ernennung zum Staatssekretär auf seine Pension anrechnen. Seine erste Tat im neuen Amt war die Vorlage über das Stille-Offmonopol. — Helfferich (unterbrechend): Gott sei Dank! — Erzberger (fortfahrend): Er hat sie gegen das Urteil aller Sachverständigen eingebracht, weil die Deutsche Bank an den betreffenden Stille-Offmonopolen stark interessiert. Man könnte dieses Verhalten mit noch viel schärferen Worten bezeichnen, als es der Angeklagte mir gegenüber tut. — Barf.: Ich kann mich aber auf diese Art der Verhandlung nicht einlassen. Der Gegenangriff auf den Angeklagten hat für uns hier keine Bedeutung. — Rechtsanwält Alberg: Das sind tatsächliche Mordworte, die der Herr Nebenkläger sehr nötig hat. —

Der Kommerzienrat Julius Berger befandete als Zeuge, daß Erzberger in den Aufsichtsrat berufen worden sei, weil er gute Beziehungen zur Schwerindustrie gehabt habe. Für seine Tätigkeit als Aufsichtsrat habe er 1917 7225 Mark, 1918 10 070 Mark und für besondere Mißverwaltung einmal 5000 Mark erhalten. Nach der Ernennung Erzbergers zum Staatssekretär habe dieser die geschäftlichen Beziehungen zu der Gesellschaft abgebrochen.

## Aus der Partei.

### Aus der Leipziger Parteioffiziation.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der Funktionäre der Leipziger Parteioffiziation — an 400 Genossen und Genossinnen — nahm am Freitag, den 8. Februar, nach längerer Debatte über den in einer eben solchen Versammlung am Dienstag erstatteten Bericht von der Reichskonferenz die folgende Anschließung an:

„Die vornehmsten Funktionäre der U. S. P. erklären sich mit dem Ergebnis der Reichskonferenz dahin einverstanden, daß sie bereit sind, unter Ablehnung jeder revolutionärsocialistischen separatistischen Bestrebungen, durch Wort und Schrift planmäßig unter Führung der Partei für die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Herbeiführung sozialistischer Wirtschaftsordnung zu wirken. Ihre Leitlinie muß das auf dem letzten Parteitag beschlossene Aktionsprogramm der Partei sein.“

Sie erheben entschiedenen Protest gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit, gegen die Verbote der Parteipresse im Reich, insbesondere der „Leipziger Volkszeitung“, der „Volkszeitung für das Rheinland“ und der „Chemnitzer Volksstimme“, und verpflichten sich, den Kampf um die Wiederherstellung der Pressefreiheit mit allen zulässigen Mitteln aufzunehmen.

Sie fordern die Arbeiter und Angestellten der anderen Setzungsbetriebe im Verbreitungsbezirk der „Leipziger Volkszeitung“ auf, die Betriebe so lange stillzulegen, bis auch die unterdrückten Blätter wieder erscheinen können.

Die Leipziger Arbeiterschaft erklärt sich bereit, die Arbeiter und Angestellten der Setzungsbetriebe in diesem Kampfe zu unterstützen. Sie erklären sich bereit, zur Entschärfung der Pressefreiheit einen Kampffonds zu bilden und allmählich mindestens 2 M. zu diesem Fonds beizusteuern, den Betrag aber wöchentlich auf Listen zu sammeln und dem Bezirkssekretariat zuzuführen.

Die Arbeiterschaft des Reichs fordert wir auf, uns in unserem Kampfe um die Sicherung der fassungsunfähiger Rechte durch gleiches Vorgehen zu unterstützen.“

Der erste Absatz in der Resolution wurde mit 1423 Stimmen der Mehrheit angenommen — ein Antrag Dr. Curt Geher, die Worte „unter Ablehnung jeder revolutionärsocialistischen, separatistischen Bestrebungen“ zu streichen und hinter den Worten „durch Wort und Schrift“ hinzuzufügen „durch die Tat“, wurde mit derselben überwiegenden Mehrheit abgelehnt.

Die weiteren Absätze wurden einstimmig beschlossen.

## Betriebsräte.

### Die Unternehmer und das Betriebsrätegesetz.

Unter der Überschrift: „Neue Wollen am Horizont“ veröffentlicht die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ eine Würdigung des Betriebsrätegesetzes. Die Fiktion, mit denen das Unternehmerorgan dieses Gesetz überschüttet, können einen fast verleihten, dem Anglisten ein wenig mehr Zuneigung zugewenden. Das Gesetz ist nach der Betrachtung des Blattes verkleideter Volkshemden, losgelassen durch die Spekulationspolitik der Reichsregierungen, vor allem der Sozialdemokraten, die ihr „unparterielles Regiment“ befehligen wollen, um die wirtschaftspolitischen Glaubenssätze des Exakter Programms zur Verwirklichung zu führen. So gornig schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ über die Rechtssozialisten schon lange nicht mehr.

Das Gesetz werde die ohnehin durchlöchernte Betriebsdisziplin (lies: Sabotage) des Arbeiters vollends ruinieren, und dann werden die Urheber des Gesetzes, die Unfähigkeit und die Unlust der Unternehmer, sich den neu geschaffenen Verhältnissen anzupassen, zum Sündenbock machen. Gegenüber solcher Tunde müsse man die Unschuld der Unternehmerklammlein rechtsgültig darlegen. Zu diesem Zwecke schreibt das Blatt:

Nur bösen Wille oder völlige Einsichtlosigkeit können der Behauptung zugrunde liegen, daß das deutsche Unternehmertum in Industrie, Handel und Gewerbe seit der Beendigung des Krieges nicht alles daran gesetzt hat, um die Rückstufung auf die Lebensverhältnisse der Kriegsjahre über irgendwelche selbstlichen Interessen triumphieren zu lassen. Nur das eine Ziel steht vor unseren Augen: Förderung der Produktion nach Maßgabe der irgendwie verfügbaren Kräfte unter Wahrung des Betriebes möglicher Wirtschaftlichkeit und Sicherung des Betriebsfortschritts.

Diese selbstlose Art des deutschen Unternehmertums zeigt sich besonders in den Kriegergruben. Dort ist noch nichts geschehen, um die durch die Kriegerjahre verursachte Verwitterung der Betriebsmittel weitzumachen.

Zum Dank für die Aufopferung bekommen die Unternehmer nun das Betriebsrätegesetz auf die Nase gesetzt. Angesichts einer so großen Ungerechtigkeit muß jeder Einsichtige den Joch der „Arbeiter-Zeitung“ zu würdigen wissen. Das Blatt deutet den Sinn des Gesetzes so:

Nicht auf die Erzielung des Wirtschaftstriedens muß das Betriebsrätegesetz hinaus, sondern es ist in des Wortes eigentlicher Bedeutung ein Wirtschaftskriegsgesetz, das die Sozialisierung auf Umwegen, die Enteignung des selbständigen Unternehmertums auf dem Umwege über die Arbeiterregierung der Betriebsräte bewirken muß.

Dagegen ruft die „Arbeiter-Zeitung“ ihren Ruf zum Abwehr auf. Es werde eine Katastrophe aufbrechen, wenn Wesen und Wirkung man noch nicht absehbar. Nebenfalls müsse man inzwischen dem durch das Betriebsrätegesetz heraufbeschworenen Zerfallungsprozess Trost bieten. Das kann aber nicht der einzelne für sich, und darum sei Stärkung der Unternehmerorganisationen nötig. „Sodas der Gesamtheit des Unternehmertums muß es sein, sich gegen jeden Versuch zu wehren, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zum Werkzeug radikalpolitischer Anschläge wider den deutschen Unternehmertum zu machen, in dessen freier Betätigung und gesunder Fortentwicklung die einzige Möglichkeit unserer Rettung aus der furchtbaren Not der Zeit beruht!“

Die Arbeiterschaft wird sich von solcher Aufgeregtheit nicht anstecken lassen. Die Arbeiter werden überall ohne Unterschied der Richtung und der Bewertung des Gesetzes an den Wahlen teilnehmen und von dem Gesetz und den darin gegebenen Befugnissen jeden Gebrauch machen, den das Gesetz nur zuläßt. Die Arbeiterschaft stellt sich auf den Boden der Geschlichkeit. Sollte das Unternehmertum dagegen Miene machen, diesen Boden zu verlassen und der Anwendung des Gesetzes Schwierigkeiten zu bereiten, wie es nach der „Arbeiter-Zeitung“ den Anschein hat, dann kann es allerdings geschehen, daß der Boden des Gesetzes Rammböden wird.

Münchener Justiz. Von dem sogenannten Münchener Volksgericht ist dieser Tage der Kommunist Römer zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust verurteilt worden. Sein ganzes Verbrechen bestand darin, daß er versucht haben soll, die K. P. D. in München neu zu organisieren. Außerdem soll er Flugblätter hochverräterischen Inhalts verbreitet haben. Man denke dabei an den Arbeiter Kurt Gänser, der vor Gericht als Held gefeiert wurde, an die Arbeiter Luxemburgs und Liebknechts, an Marlow und andere Helfer der Gegenrevolution, die entweder unbeschädigt blieben oder mit lächerlichen Strafen belegt wurden.

Die Schenkstunde. Professor Roseberg hat am Sonntag bei der Abrechnung von einer am Tage vorher stattgefundenen Mehrzweckfeier der K. P. D. verhaftet und in Schenkstunde genommen worden. Er kommt lediglich als Zeiler und Veranstalter von Kollekten Sengenien für das Proletariat in Frage. Die Schenkstunde ist noch nie so mißfällig gehandhabt worden wie unter dem desmöglichen Ausnahmestand.

Versammlungs-freiheit im Saargebiet. Nach einer Paragrafenmeldung aus Saarbrücken hat General Wibel bekannt, daß niemand, der nicht im Saargebiet anständig ist, an einer öffentlichen Versammlung das Wort ergreifen oder sich an einer Debatte beteiligen darf.

## Kinderhandel in der Deutschen Republik

Artikel in der „FREIEN WELT“, Heft 6 30 Pfennig

Bei jedem Zeitungshändler zu haben



### Gewerkschaftliches.

#### Der Schiedspruch über die Arbeitszeit in der Metallindustrie.

Der Verband Berliner Metallindustriellen hatte bekanntlich bei der Bewilligung der außerordentlichen Lohn- und Teuerungszulagen der Arbeiterschaft den Vorschlag gemacht, eine möglicherweise reine Arbeitszeit von 48 1/2 Stunden auch in denjenigen Betrieben durchzuführen, in denen zur Zeit noch eine längere Arbeitszeit besteht. Der Metallarbeiterverband hatte sich daraufhin damit einverstanden erklärt, daß die Angelegenheit einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreitet werde, dessen Schiedspruch für beide Parteien bindend sein sollte. Wie wir erfahren, hat das Schiedsgericht, bestehend aus dem Reichswirtschaftsminister a. D. Biffell, Unterstaatssekretär a. D. v. Müllendorff, Professor Dr. R. Franke und Stadtrat Dr. Simonson, am gestrigen Dienstag die Entscheidung gefällt, daß nach Lage der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine Steigerung der Produktion unbedingt erforderlich und daher in allen Betrieben, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angehören, die 48 1/2stündige effektive Arbeitszeit pro Woche einzuführen ist.

#### Außerordentliche Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter.

Im Gewerkschaftshaus fand am Dienstag eine außerordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der Opfer von 18. Januar und des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Reumann durch Erheben von den Plätzen gelebt. Genosse Siegle besprach die für die Holzindustrie gefällten zwei Schiedsprüche, die in der Gesamtarbeitermännerversammlung am 24. dieses Monats in der „Neuen Welt“ eingehend erörtert werden sollen. Dem Schiedspruch über das Mitbestimmungsrecht haben die Unternehmer unter Vorbehalt zugestimmt, während sie dem Schiedspruch über die Teuerungszulagen nach der Reichskonferenz nach vorübergehender Ablehnung der Haltung zugestimmt haben. Die Verwaltung schlug vor, daß auf Grund des Schiedspruches die Betriebe, die seit dem 3. Januar noch keine Teuerungszulagen oder weniger als eine Mark erhalten haben, wegen der Zahlung von einer vollen Mark per Stunde vorstellig werden sollen. Bei ablehnender Haltung sollte die Betriebe über die zu ergreifenden Maßnahmen Bescheid wissen und der Verwaltung bis kommenden Freitag Mitteilung zugehen lassen.

Wähler trat für Ablehnung der Schiedsprüche ein. Er hielt die eingeschlagene Verhandlungsstrategie nicht für die richtige. Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag der Verwaltung gegen 4 Stimmen angenommen.

Anschließend gab Siegle einen kurzen Überblick über die derzeitige Streikbewegung bei den Berliner Holzarbeitern. Es befinden sich im Streik 2312 Klavierarbeiter, 444 Harzschleifer, 460 Kistenmacher, 594 Kammarbeiter, 189 Sargmacher, 70 Bobenleger, 106 Holzarbeiter verschiedener Betriebe; insgesamt also 4114 Holzarbeiter.

Zur Unterstützung der Streikenden schlug die Verwaltung vor, zur statistischen Unterstützung eine Ertragsunterstützung von wöchentlich 15 M. und zur Ausdehnung der dazu notwendigen Mittel 1 M. Ertragsbeitrag zu beschließen.

In der Debatte über diesen Vorschlag wurde allgemein die vorgeschlagene Ertragsunterstützung als zu niedrig bezeichnet. Es wurde beschlossen, einen obligatorischen Ertragsbeitrag von mindestens einer Mark pro Woche zu erheben. Den Streikenden soll rückwirkend ab 1. Januar eine Ertragsunterstützung in folgender Höhe gezahlt werden: männliche 30 M., weibliche 20 M., Jugendliche unter 16 Jahren 15 M.

Nach Erledigung dieses Punktes wurden zwei Angehörige zur Ortsverwaltung und zwei Besizer zum Hauptvorstand gewählt.

Die Versammlung beschloß sich dann mit dem außerordentlichen Verbandstag, der am 25. April 1920 in Berlin stattfinden soll, und sich in erster Linie mit Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungsfähigkeit befaßt wird. Ein Antrag

zum Verbandstag, der verlangt, daß in Zukunft auch zu außerordentlichen Verbandstagen Neuwahlen der Delegierten stattfinden sollen, wurde einstimmig angenommen, während ein anderer Antrag, der den Verband lediglich als Kampfororganisation gelten lassen will und deswegen ein Stellenlassen der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung fordert, abgelehnt wurde.

#### Achtung! Steinseher und Berufsgenossen.

Den Kollegen zur Mitteilung, daß durch Schiedspruch vom 27. 1. 20 die Löhne ab 1. 2. 20 um 20 Prozent steigen. Dieser Schiedspruch ist von beiden Parteien angenommen worden, so daß die Stundenlöhne für Steinseher, Steinbauer, Hammer- und Hilfsarbeiter um je 20 Prozent vom 1. Februar ab erhöht werden. Diese Lohnserhöhung tritt auch für sämtliche Affordarbeiten der Steinbauer in Kraft. Die Erhöhung tritt für den ganzen Tarifbezirk Groß-Berlin in Kraft. Wo Streitigkeiten vorkommen, ist der Geschäftsführer sofort Meldung zu machen. Sämtliche Betriebsräte, Vertrauensleute, Obleute sowie der gesamte Berliner Vorstand treffen sich Dienstag, den 17. 2. abends 7 Uhr, Brunnenstr. 180, Lokal Wipe.

#### Verband der Steinseher, Tarifbezirk Groß-Berlin.

#### Töpfer Groß-Berlins!

Am Donnerstag abends 8 Uhr findet in der Gormannstr. 28 eine Versammlung aller Funktionäre, die auf dem Boden der Opposition stehen, statt. Es ist Pflicht, daß mindestens ein Mann aus jedem Bezirk erscheint.

#### Die Lohnbewegung in der Klavierindustrie.

Eine überfüllte Versammlung der Klavierarbeiter tagte am 8. Februar in Milmans Hörsälen in der Eisenstraße und beschäftigte sich mit dem Streik in der Industrie. Es befanden sich im Saal 2570 Arbeiter und Arbeiterinnen, davon gehören der Musikindustrie 865 an. Die Ursachen des Streiks sind begründet in der hochgradigen Beigerung der Unternehmer, in Verhandlungen einzutreten über eine Teuerungszulage ab 1. Januar, in Höhe von 1 M. pro Stunde, sowie die Regelung des Durchschnittslohnes. Die Herren machten eine Verhandlung über diese Forderung abhängig von dem Abschluß des Streiks bei der Firma Lehmann, der zum 10. Februar ist. Erst durch den Druck der Kollegen der anderen Betriebe hat sich die Firma bereit erklärt, von der Abminderung des Produktionsstandes Abstand zu nehmen, denn wegen der Lohnfrage allein wäre man sich schon einig geworden wie die Klaviermacher selbst gegeben. Da die Kollegen nicht in den Streik treten konnten, um der Teuerungszulage willen, haben sie sich den Vorschlag des Hauptvorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu eigen gemacht. Es sind den Kolonnen in den einzelnen Betrieben folgende Forderungen unterbreitet: ab 1. Januar eine Teuerungszulage von 1 M. pro Stunde, ab 15. Februar eine weitere Teuerungszulage von 50 Pf., Mitbestimmungsrecht bei Arbeitszeiterstellung und -aufhebung, 48stündige Arbeitszeit, Ferien von 6-12 Tagen. Begehre erhalten im ersten Jahr 1/2, im zweiten Jahr 1/2, im dritten Jahr die Hälfte des Durchschnittslohnes eines Facharbeiters. Die Belegszeit dauert drei Jahre.

Folgende Resolutionen gelangten zur einstimmigen Annahme: Die heute in Milmans Hörsälen tagende Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter protestiert mit aller Schärfe gegen das Verbot der Presse, insbesondere der „Freiheit“, durch deren Verbot unser gerechter Kampf erschwert wird. Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit dessen Freigabe, die wir mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erkämpfen werden.

Die zweite Resolution lautet: Der Reichsvorband der Deutschen Klavierindustrie, Belegschaftsverband Berlin, hat unter dem 4. Februar 1920 ein Flugblatt verbreitet mit der Überschrift: Die Streikfrage in der Berliner Klavierindustrie! Wer trägt die Schuld? — Die Versammlung nimmt von den Übertreibungen, Verdrehungen und offensiblen Unwahrheiten der Unternehmern Kenntnis und stellt fest, daß die Unternehmern für die gerechten Forderungen ihrer Arbeiter nur Forderungen und Beschimpfungen zu bieten haben. Die Versammlung übergibt das Nachwort und seine Urheber der geübten Verächtung aller gerecht denkenden Kollegen.

Die traurige Lage der Rechtsanwaltsangeestellten wurde in einer öffentlichen Versammlung am 6. Februar, die von über 2000 Personen besucht war, eingehend besprochen. Alle Anfragen, die bisher veranlaßt worden sind, hatten stets ergeben, daß die Rechtsanwaltsangeestellten zu den schlechtest bezahlten Angestellten

zählten. Von 8000 Angestellten haben im Jahre 1908 nur 8 Prozent ein Gehalt von über 150 M. und 37 Prozent ein solches von über 200 M. bezogen. Im Februar 1918 sei festgestellt worden, daß ein sehr erheblicher Prozentsatz noch mit gefürzten Gehältern gearbeitet habe. Während die Rechtsanwalts schon vor mehr als 10 Jahren ein Existenzminimum von 8000 bis 10 000 M. jährlich gefordert hätten, muteten sie ihren Angestellten zu, für 100 bis 200 M. monatlich zu arbeiten. Bauer vom Zentralverband der Angestellten gab einen Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Es war dort leider nicht möglich, den Tarifvertrag zu Ende zu bringen. Der Schlichtungsausschuß verkündete daher einen Teil-Schiedspruch, durch welchen die im vergangenen Jahre vereinbarten Gehaltsätze um rund 60 Prozent erhöht werden, und zwar rückwirkend vom 1. Dezember 1919 ab. Ueber die geforderte Wirtschaftsbefähigung soll in etwa einer Woche weiter verhandelt werden. Die Versammlung nahm den diesen Teil-Schiedspruch einstimmig an. Falls die Anwältin ihn ablehnen sollten, soll in den Streik getreten werden.

Kamer-Gremie. Sämtliche noch ausbleibende Kollegen und Kolleginnen treffen sich Mittwoch, vormittags 10 Uhr, bei Wangs zwecks Aussählung.

### Groß-Berlin.

#### Wann kommt Groß-Berlin?

Die Verhandlungen der Kommission zur Schaffung eines Groß-Berlins sind sehr mühsam. Die Vertreter der Deutschen Nationalen, der Volkspartei und des Zentrums tun alles mögliche, um die Verhandlungen zu erschweren und aufzuhalten. Es ist trotzdem gelungen, die Arbeiten so zu fördern, daß sie in Kürze in erster Lesung abgeschlossen werden können. Wir werden dann eine Übersicht geben. Es handelt sich jetzt noch um die Schlußfrage und um die Regelung der Beamtenfrage, die nach langer Erörterung im Ausschuß an eine Unterkommission gesandt worden ist. Gestern wurde darüber verhandelt, wann das Gesetz in Kraft treten könne. Man war sich vollkommen klar darüber, daß bei aller Beschleunigung es sich nicht wird ermöglichen lassen, bis zum 1. April alle Vorarbeiten so rechtzeitig zu machen, daß am 1. April das innere Groß-Berlin in Funktion treten kann. Andererseits soll aber auch der Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht allzu weit hinausgeschoben werden, und es wurde deshalb beschlossen, den 1. Juli als Termin in Aussicht zu nehmen. Die Wahlen müssen bis dorthin erledigt sein, so daß schon vor dem 1. Juli die neu gewählte Körperschaft von Groß-Berlin zusammentreten und die Vorarbeiten erledigen kann. Ein Antrag, den Termin auf den 1. April 1921 festzusetzen, wie das die Deutschen Nationalen wollten, wurde abgelehnt.

#### Auf der Jagd nach Umstürzern.

Das Spielturnier treibt schimmere Mäulen. Heute da der Teufelsverein „Naturfreunde“ am Montag im Jugendheim, Weidenstraße 12, eine Führerführung einberufen. Man beriet gerade über bestimmte Touren, als die Sicherheitswehr erschien und fürchterliches witterte. Alle Anwesenden wurden für verhaftet erklärt. Mit hochgehobenen Händen wurden sie auf die Straße getrieben und in einem bereitstehenden Lastauto nach dem Postamt präsidium geschafft. Dort wurden sie von Montag abend bis Dienstag mittag 12 Uhr ohne jegliche Verpflegung festgehalten. Was sich herausstellte, glaubte man in der Zusammenkunft der Wandersfreunde eine geheime kommunistische Versammlung oder Verschwörung vor sich zu haben. Deshalb diese große Aktion.

Man sieht, wie die Spindel heute arbeiten. Uebellwittern sie Verdächtigungen; aber da, wo wirklich Verschwörungspäne geschnitten werden, in den Kreisen der Monarchisten, da finden sie nichts. Unter harmlosen Wandervern, da finden sich die Langweilen ein. Die Verhafteten sollen Beschwörung erheben. Viel Zwed wird

### 82) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Mühle.

Früher hatte für Jimmie das Wort „Deutscher“ Ähnliches wie Weisner, Horster und Schneider bedeutet, nun aber bedeutete es eine große, graue Gestalt, die mit halberzerrtem Gesicht und vorgebrechtem Bajonett auf einen Granatrichter losstürzt. Jimmie hatte vielleicht nie im Leben eine größere Erleichterung empfunden, als in dem Augenblick, da der amerikanische Soldat auf den unheimlichen Deutschen traf. Möge es mehr amerikanische Soldaten geben, mehr und mehr, bis die letzte graue Gestalt unschädlich gemacht worden ist! Jimmie wußte wohl, daß keine Politik in Amerika das gerade Gegenteil bezweckt hatte; wären seine Ansichten in Leesville durchgedrungen, es hätte keine amerikanischen Soldaten gegeben, um Jimmie bei Chaloux-Thierry zu retten. Dies war Jimmie völlig klar und für den Augenblick lag der Bajonett in seiner Seele lat.

Er lauschte den Gesprächen der Patienten. Sie waren alle in der Maschine gewesen, hatten schwere oder leichte Wunden erhalten, doch hatte das Grauen ihren Geist nicht zu brechen vermocht; kann einer war darunter, den es nicht wieder an die Front verlangte. Sie sahen das Ganze als Spiel an, als das aufregendste Spiel, das ein Mensch spielen konnte. Diese Burden waren alle begeisterte Fußballspieler; Fußball ist das einzige wirkliche Interesse im Leben von hunderttausenden junger Amerikaner. Sie hatten den Geist und die Methode des Fußballspiels mit ins Meer gebracht, ihn jenen weniger Begünstigten mitgeteilt, die keine öffentlichen Schulen besucht hatten, sie das Inkompetenz, die Gefährlichkeit, die endlosen Leiden, die vollkommenen, über jeden Zweifel erhabene Logik, die Gleichgültigkeit gegen körperlichen Schmerz gelehrt.

Dieses Meer griff nun einen Feind an, der sich auf seine Maschinenabwehr verließ; der mit ihrer Hilfe einen geordneten Rückzug anzutreten, Gefährliche und Probiant in Sicherheit bringen zu können erhoffte. Das ganz junge Amerika liebte in diesem Augenblick dem Sturm gegen Politikernamen. Jimmie lauschte den Reden der Neu-

angekommenen, sah, wie das Technische sich gleichsam vor seinen Augen entfaltete. Tanks und Aeroplane sind ja recht gut, aber man muß sie auch haben, doch fehlten sie meistens, und der Amerikaner mußte mit dem Bajonett gegen Maschinenabwehr vorgehen. Da gab es keine Truppen, trainiert wie eine Fußballmannschaft mit eigenen Signalen, mit einer von den jungen Köpfen über Nacht aufgedachten Formation. Es war ein gefährliches Spiel, man konnte von Glück reden, wenn ein Drittel der Leute lebend zurückkam; gelang es jedoch einem, mit dem Bajonett bis ans Maschinenabwehr heranzudringen, so hatte man gewonnen, weil man dann das Maschinenabwehr gegen die zurückweichenden Deutschen rücken und ihnen Verluste beibringen konnte, die die eigenen noch übertrafen.

#### II.

Nach Grant's Schulter heilte bald und er ging an seine Arbeit zurück. Er erklärte Jimmie, was es für ihn bedeutet habe, mit einem Sozialisten zusammenzukommen; könnte er, nach Grant's, lernen, an das zu glauben, woran Jimmie glaube, so wäre er bereit, trotz seiner Schande weiterzuleben. Jimmie nannte ihn stilles Wasser, die Dämon zu sein versprochen, und Jimmie fühlte sich stolz und glücklich, sah bereits im Geist die Empire-Höhle von den Arbeitern verwohlet und das kapitalistische System eines Industriezweiges in Amerika Katastrophe begeben.

Jimmie erhielt einen Brief von einem der Arbeiter seiner Automobilmotorenfabrik, der ihm mitteilte, die Amerikaner hätten die Abwicklung übernommen, eine große Werkstätte errichtet. Wann gedanke Jimmie eigentlich zurückzukommen! Jimmie jedoch hatte es mit dem Zurückkommen gar nicht so eilig; welchen Preis hat das Reparieren von Motoren für jemand, der eine ganze deutsche Armee aufzuhalten und den Sieg von Chaloux-Thierry erkauft hat? Da Jimmie sich als Krieger bewährt hatte, weshalb sollte er nicht ins Meer eintreten, wirkliche Laten vollbringen?

Er schrieb an den kommandierenden Offizier der Automobilmotorenfabrik, teilte ihm sein Vorhaben mit und fragte, ob sich die Sache machen ließe. Der Offizier erwiderte, er werde Jimmies Angaben unterforschen; beruhten sie auf Wahrheit, so würde Jimmie zum Anzettelung vorgeklagt werden. Und wirklich nach einem Monat, als Jimmie das Spiel an verlassen sich ansetzte, kam die offizielle Benach-

richtigung, er sei zum Feldwebel der Automobil-Abteilung ernannt worden und habe sich in einer bestimmten Gassenstadt am englischen Kanal beim Hauptquartier zu melden. Feldwebel Jimmie Higgins!

Jimmie meldete sich, und es wurden ihm ein Dutzend Motorfahrer und Reparateure zugewiesen, die eben mit einem Transport eingetroffen waren. Diese Leute blieben zu Jimmie auf, als zu einem Veteranen und Feldwebel, und dies hing Jimmie, der nie für jemand eine Autorität gewesen war (es sei denn für Jimmie junior und die zwei Babys), zu Kopfe. Doch gab es viel Arbeit und wenig Zeit zum Großartigum. Erregung, wilde Gerüchte lagen in der Luft, es hieß, Jimmies keine Abteilung, lauter besonders befähigte Leute, solle mit einer Mission betraut werden, wahrscheinlich einer Überseeischen. Niemand wußte etwas Genaues, dies war stets so im Meer; eines Tages wurden ihnen Schiffspreise und schwere verpackte Kisten überreicht. Und es war Mitte August! Nun wußten sie, es gese nach dem Norden, und zwar für längere Zeit. Soudelte es sich um einen Angriff in den Ostseeprovinzen? Entweder das, sagte Nuae Köpfe, oder Archangel. Jimmie hatte nie von diesem Ort gehört, und mußte sich danach erkundigen. Er erfuhr, die Allierten hätten in diesen Teilen Nordrusslands ungeheure Proviantmassen gelandet, und die Deutschen drohten nun, da Rußland nicht mehr Krieg führte, den Hafen einzunehmen.

Aufregung! Welche Jimmie bis zu den Höhen seiner gefüllten Stiefel. Er wird noch Aufbruch gelongen, die Resolution sehen! Jimmie hatte augenblicklich sehr unklare Ideen über die Weltlage; seit vier Monaten hat er bloß offizielle Berichte, die sich nur an den Krieg selbst hielten und alle anderen Schwirrlinien und Verbindungen unerwähnt ließen. Die Leute, mit denen er sprach, behaupteten, es sei nötig, daß die Allierten etwas gegen den Brest-Litovsker Vertrag unternahmen; gelänge es den Deutschen, sich des hilflosen Rußlands zu bemächtigen und es für ihre Zwecke auszunutzen, so vermochten sie noch hundert Tode durchzubringen. Dies müsse auch das russische Volk einsehen und die Hilfe der Allierten willkommen heißen. Dies letztere war Jimmie nicht recht klar. Doch erinnerte er sich der Brüder Robin und ihrer Begeisterung für die Allierten, lulle seine Zweifel ein, und bestieg mit seiner Abteilung ein Transportschiff.

(Fortsetzung folgt.)

zu nicht haben, höchstens daß ein Maßgeßiß mehr zugegeben wird. Das ist aber auch alles.

### Zunehmende Grippeerkrankungen.

Die Erkrankungen an Infektionskrankheiten, besonders an Grippe haben in Groß-Berlin einen bedrohlichen Charakter angenommen. In der Grippe gefellen sich schwere Fälle von Herzleiden und Lungenerkrankungen, die schon in zahlreichen Fällen noch bedenklichen Verlauf genommen haben. Auffallend ist, daß Personen im besten Alter häufig am schwersten zu leiden hatten.

Die Stollen-Deputation des Magistrats Berlin weist im Hinblick auf die zur Zeit immer noch herrschende Grippe-Epidemie darauf hin, daß in ihren einzelnen Abfertigungsstellen bei schwerer Erkrankung an Grippe, die durch ein ärztliches Attest bestätigt ist, auf Antrag Sonderkarten über 2 Zentner Stollen ausgegeben werden. — Das ist hübsch, die Hauptfrage ist aber doch, daß man dann auch Stollen erhält, sonst hat nur der Arzt den Vorteil in Form von Gebühren.

### Volkshochschule Groß-Berlin.

Von den am Mittwoch stattfindenden Kursen nennen wir die folgenden:

Professor O. Boshn: Anleitung zum Lesen und Verständnis geographischer Karten. Als Einführung in die Geographie. (Mit Vorführungen.) 7-8 Uhr abends. Institut für Meerestunde, Geogenstraße 84/86.

Professor Dr. A. Diebert: Hauptfragen und Hauptformen des allgemeinen Lebens und der Weltanschauung. Als Einführung in die Philosophie. 6-7 Uhr abends. Kologed. 4. Universitäts, Hirschhof 3, Kaiser-Franz-Joseph-Platz.

Universitäts-Professor Dr. Kühn: Bau und Leben des Tieres. Als Einführung in die Zoologie. (Mit Vorführungen.) 7-8 Uhr abends. Zoologisches Institut der Universität, Innendammstraße 43.

Beibald-Dozent Dr. B. Wülfel: Einführung in die Philosophie. 7-8 Uhr abends. Landwirtschaftliche Hochschule Hirschhof VI, Invalidenstraße 42.

Studienrat Chr. Leetsch: Die französische Revolution bis 1806. 7-8 Uhr abends. Königsstädtische Oberrealschule, Kula, Postenstraße 44/46.

Dr. A. Basse: Literatur I: Shakespears. Erklärung des „Hamlet“ als Einführung in das Verständnis der Werke des Dichters. 7-8 Uhr abends. Treptow, Realgymnasium, Neue Kottbuser 8.

Oberlehrer Kempf: Einführung in die Mechanik. Fortschrittlicher (Mit Versuchen.) 8 1/2-7 1/4 Uhr abends. Dr. R. Girsch: Fortpflanzungslehre. 7 1/2-8 1/4 Uhr abends. Beide im Friedrichs-Realgymnasium, Rittenwalderstraße 84/87.

Wir veröffentlichen nur einen Teil der Kurse, um die Vielfältigkeit und die Gliederung des Arbeitsplans einigermaßen anschaulich zu machen. Zur Besamung des gesamten umfangreichen Lehrplans fehlt uns der Raum, weshalb wir unseren Lesern erneut empfehlen möchten, sich den Arbeitsplan in den gelblichen Morgenblatt angegebene Stellen geben zu lassen.

Die Bilder Hindenburg und Madensens sollten noch einem Beschluß der Schuldeputation im Adlershof aus den dortigen höheren Schulen entfernt werden. Direktor und Lehrerkollegium weigerten sich, dem nachzukommen. Alles Jureden half nichts. Jetzt hat die Schuldeputation durch das Besamung die Bilder fortnehmen lassen. Darob großes Geschrei. Man sieht, welcher Geist auf den höheren Schulen geachtet wird. Das Lehrerkollegium hat sich beschwerend an den Minister für Volksbildung, Herrn Baensch, gewendet. Darauf ist die Antwort erfolgt, daß es das Recht der Gemeindeverwaltung sei, Bilder — nicht nur Kaiserbilder —, die nicht ihrem Geschmack entsprechen, entfernen zu lassen. In der nachstehenden Presse wird der Bürgermeister heftig angegriffen, obwohl er nur die Ausführung des Beschlusses der Gemeindeverwaltung veranlaßte. Er selber wollte gern einen Ausgleich herbeiführen durch einen Vorschlag, andere Bilder neben die von Hindenburg und Madensens hängen zu lassen. Das verbot ihm aber der Gemeindebeschuß. Und darob Feier und Wotio!

Um die Milch zu verbilligen. Der Berliner Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung zum Zwecke der Verbilligung der Milch für Unbemittelte die Summe von einer Million Mark zur Verfügung gestellt. Die Verbilligung soll zugutekommen werdenden Müttern, Kindern bis zu zwei Jahren und solchen Schwachkranken, denen mindestens 1/2 Liter verabreicht wurde. Unter der Voraussetzung dringender Notwendigkeit soll diesen die Milch statt mit 2 Mark mit 1,20 Mark geliefert werden. Nähere Mitteilungen erfolgen in den nächsten Tagen.

Rätschule der Groß-Berliner Arbeiterkass. Die Kurse der Rätschule sind schon im Gange. Das Bureau befindet sich in der Ringstraße 24. Der Unterricht findet in der 24. Gemeindefschule, hinter der Garnisonstraße 2, statt. In folgenden Kurzen können noch neue Hörer aufgenommen werden: Hefelorganisationskurs: Montag von 7-9 Uhr; Betriebskunde für Metallarbeiter: Dienstags von 7-9 Uhr; Wirtschaftlicher Zusammenbruch oder Sozialistischer Aufbau: Dienstags von 7-8 Uhr; Deutsch: Donnerstag von 4 1/2-9 Uhr; Wirtschaftsgeographie: Freitag von 7-9 Uhr; Nachkurse: Sonnabend von 7-9 Uhr.

In die in der Stallschreiberstraße 54a, 1 Treppe, Klasse II, laufenden Kurse: Deutsch: Dienstag von 4-8 Uhr, Wirtschaftsgeographie: Freitag von 4-8 Uhr, können ebenfalls noch Hörer eintreten. Regelmäßig jeden Sonnabend zwischen 5 und 7 Uhr werden im Zimmer 28 der 24. Gemeindefschule freie Besprechungen über wissenschaftliche Arbeitsmethoden (Lektorsystem) abgehalten, Zutritt für alle Hörer frei. Am Sonnabend, den 14. Februar, um 7 Uhr, im Zimmer 35 der genannten Schule Eingeladener des Genossen Asch über die Frage des Staatsbankrotts.

Die im Märkischen Museum für Februar und März angelegten Vorträge über die Bedeutung der Sammlungen beginnen am Donnerstag, den 12. d. M., abends 7 Uhr. Den ersten hält Dr. Hilzheimer über den geologischen Aufbau der Mark Brandenburg.

Das Verpflegungsbüro der Provinz Brandenburg hat seine Diensträume von Charlottenstraße 43 nach Berlin W. 35, Lützowstr. 81, verlegt. Hier werden sämtliche Verpflegungsangelegenheiten (Pension, Rente, Kriegsfürsorge, Unterhaltungen usw.) für ehemalige Heeresangehörige und deren Hinterbliebene erledigt, soweit diese ihren Wohnsitz in der Provinz Brandenburg (ausschließlich Groß-Berlin) haben. Die Beratungsstelle für Zivilversorgung befindet sich im Hause Stogäyer Straße 43.

Die Jugendweihe in Neukölln findet am Sonntag, den 28. März 1920, vorm. 10 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“ (Friedensstr.) für ehemalige Angehörige und deren Hinterbliebene statt. Anmeldungen hierzu können nur noch bis zum 25. Februar entgegengenommen werden. Der nächste Kursus ist Mittwoch nachm. 5 1/2 Uhr, im Jugendheim, Rogatstraße 16.

Sämtliche Besteller von Büchern aus der Bücher- und Zeitschriftenausstellung in der Friedrichstraße werden nochmals gebeten, ihre Bücher abzuholen, Panstraße 60 (Freiheitsstraße).

Der Mangel an Streichhölzern ist so groß, daß sich der Magistrat in Bismarcksdorf veranlaßt gesehen hat, die von der Stadt beschafften Streichhölzer durch die Seifenhändler und Drogeristen an die Einwohner zur Verteilung bringen zu lassen. Die Abgabe darf nur auf Abschnitt 17 der Haushaltungsliste erfolgen.

Ein wandernder Knechtclub wurde gestern in der Rarburger Straße 9 von Kriminalbeamten der Wachenabteilung des Polizeipräsidiums beim Spiel überfallen. Die Kriminalbeamten beschlagnahmten die Spielgeräte und nahmen die Wohnungsinhaber und den Leiter des Clubs vorläufig fest. Nach Feststellung des Tatbestandes setzten sie dieselben wieder auf freien Fuß. Wegen aller Beteiligten wurde das Strafverfahren eingeleitet. Der Klub hatte im ganzen erst fünf Spielabende veranstaltet können, zuletzt in der Rarburger- und Rurfürsterstraße, als ihm die Kriminalpolizei auf die Spur kam und ein Ende machte.

Reiche Leute machten Einbrecher, die der Vereinigten Gutskompanie in der Rechner Straße 135 einen Besuch abstatteten. Sie drangen, indem sie eine Kasser durchstießen, vom Keller aus in die Logierkammer ein und stahlen aus dieser u. a. 50 Dutzend gestreifte Oberhemden mit passenden Stragen 8 Dutzend weiße Oberhemden, 150 Dutzend seidene Selbstbinder, 300 farbige Westen, Schals, Tricotunterzeug und Jägerhemden, insgesamt für 150 000 Mark. Auf die Wiederbeschaffung der

gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 10 Prozent ihres Wertes ausgesetzt.

Berichtswunden ist seit dem 5. Februar die vierjährige Ella Scheinitski aus Schöneberg, Heroldstraße 23. Sie trug schwarze Sammetmütze, schwarzen Mantel, rotes Kleid, schwarze Strümpfe, gelbe Schuhe und grauen Schal. Mitteilungen nehmen die Bittens entgegen.

Die städtische Rechtsanwaltsstelle Neukölln hat ihre bisher im Sparkassengebäude, Sanghoferstraße 10/11, untergebrachten Geschäftsräume nach dem neuen Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 133, verlegt.

Brig. Die Böhnerinnenpflege hat allem Anschein nach in der hiesigen Einwohnerschaft viel Anklang gefunden. Der Jugendamt ist bemüht, in dieser Hinsicht allen Anforderungen so schnell und so gut als möglich gerecht zu werden. Es dürfte sich sehr empfehlen, die Anträge immer frühzeitig genug anzumelden, damit die angeforderten Wirtschafts- und Pflegefrauen rechtzeitig zur Stelle sind. Es ist leider wiederholt vorgekommen, daß Frauen, die ihrer Niederkunft entgegensehen, erst im letzten Augenblick ihre Wünsche in dieser Hinsicht geäußert haben. Die Anträge sind entweder beim Jugendamt oder bei der Gemeindefschweizer im Kinderhort zu stellen.

### Aus den Organisationen.

1. Distrikt — 1. und 2. Abteilung. Jahrelang findet in der Betriebsbildungsschule (Parteiabteilung) Schillerstraße 6 statt. Vortrag über wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Distrikt 4. Abt. Gemeinsamer Jahrelang Schulaula Diefenbodestraße 51. Vortrag über das Betriebskollektiv.

12. Distrikt. Letzter Vortrag des Genossen Jensen über Anarchismus in der Schulaula Pappelallee 41-42 am Donnerstag abends 7 Uhr. Eintrittskarten bei den Bezirksführern oder gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches an der Abendkasse.

Tellum-Beeskow 1. (westlicher) Distrikt. Sämtliche örtlichen Bildungsausschüsse haben am Sonnabend, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr bei Klobe, Friedenau, Handjerystr. 61, eine wichtige gemeinsame Sitzung.

Tellum-Beeskow 2. (mittlerer) Distrikt. Agitationskommissionen aller Orte haben am Sonntag, den 16. d. M., vorm. 10 Uhr in Zeuthen (Lokal von Engert, Zeuthener) wichtige Besprechung über die Landagitator. Es muß jeder Ort vertreten sein.

Wilmersdorf-Palast. Bildungsausschuß. Der erste Vortragabend des Gen. A. Stein über: Die Grundfragen des Sozialismus beginnt am Freitag den 13. d. M., abds. 7 1/2 Uhr in der Goethestraße 101/102, Westfälische Str.: Der utopische und der wissenschaftliche Sozialismus. Weitere Einzelangaben nehmen entgegen: Margarete Reitenberg, Joachim-Friedrich-Str. 33, u. G. Seb. Auguststr. 11, Friedenau. Aktionsrat u. Politische Kommission Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Böning, Rheinstr. 31. Mitgliedsversammlung Freitag 7 1/2 Uhr d. Klobe, Handjerystr. 61.

Rahmow. Freitag abends 7 Uhr bei Hofsch, Hirschhof 24, Ekeheimstr., Frauenloftabend.

Cherchämehde. Der Jahrelang findet heute um 7 1/2 Uhr ab Eingeladener in den bekannten Stellen statt.

### Bereinstellender.

Zentralverband der Angestellten. Vorkommungen am Mittwoch, den 11. d. M., 1920, 8 Uhr abends, 13. Sektion d. (Chemischen) Reinhold, Geisenstraße) abends 8 Uhr, Plakate, Kasse, Kaiser-Wilhelm-Str. 81. — 8 Uhr abends, 15. Sektion e (Edelmetalle) abends 8 Uhr, Plakate, Kasse, Kaiser-Wilhelm-Str. 81-87.

Bezirk Norden: Bezirksversammlung am Sonnabend, den 14. d. M., 7 Uhr abends, 11. Sektion d. (Edelmetalle) abends 8 Uhr, Plakate, Kasse, Kaiser-Wilhelm-Str. 81-87.

Deutscher Werkmeister-Verband, Zugsarbeitervereine. Werkmeister und Direktion heute nachm. 5 Uhr Schulhof, Brückenstraße 10, Besprechung.

Arbeiter-Samaritaner-Bund, Kolonne Berlin. Bezirk Norden: Bezirksversammlung am Sonnabend, den 14. d. M., 7 Uhr abends, 11. Sektion d. (Edelmetalle) abends 8 Uhr, Plakate, Kasse, Kaiser-Wilhelm-Str. 81-87.

Soz. Proletarierjugend Orisgruppe Erkner. Am Sonntag, den 15. d. M., vorm. 10 Uhr: Öffentliche Jugendtagung im Lokal Drob. Thema: Was will die sog. Proletarierjugend?

Freie sozialistische Proletarierjugend Kreisverein Neukölln. Heute abends 7 Uhr Fortsetzung der Mitgliedsversammlung.

Baronengasse für die Redaktion: Alfred Bielepp, Neukölln. Verlagsanwesenheit „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstr. 83/85.  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 136, 1289, 1957, 9714.

**außerordentliche Bauanschläger - Versammlung**  
Tagungsordnung: 1. Umlage Besamung, 2. Diskussion.  
Gültig, es ist notwendig, bei der alle erscheint.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

**Die Ortverwaltung.**

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**  
Wegen mangelnder Heizung findet die Abfertigung bis auf weiteres in der Zeit von 9 1/2 bis 12 Uhr vormittags Der Gauvorstand.

**Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117**  
an der Lützowstraße  
Spezialarzt f. Haut- u. Geschlechtsleiden  
Harn- u. Blutuntersuchungen.  
Aufschiebende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschl. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1,50.

**Charlottenburg Botenfrauen**  
werden sofort eingestellt Sped. Lorenz, Wallstraße 68.

**Botenfrauen**  
werden sofort eingestellt Spedition Nessler, Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34, Ecke Augustastraße.

**Kupfer bis 20,50**  
Messing „ 12,—  
Blei „ 8,—  
Reinzinn „ 60,—  
pro Kilo, bei größeren Posten noch höher, zahlbar nur Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17, neben Wertheim (Moritzplatz).

**Englische Zigaretten!**  
Dicke Türken, erstklassige deutsche Marken, extra billige Tagespreise!  
Winkler, Schulstraße 39, Ecke Schillerstr. 2.

**Drogerie H. Schielke**  
Berlin, Lottumstraße 14.  
Telephon: Norden 6319.  
Telegraphische Anstalt.

**Stoffe**  
für Anzüge gestreifte Cosen und Rollkragen  
**Plüsch**  
und Kragen  
unvergleichlich preiswert.  
Johannes Becker, Lützowstr. 11 (Eckstr.)

**Gold Flak**  
(Wohl 10er Packg.)  
eingetroffen zwanglos greifbar  
Hopp, Alexanderstr. 71 II  
1. und 2. Stockwerk

**Möbel gegen Bar** und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Große Rückzahl. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Landwehr, Müllerstr. 7, 1. Treppe, direkt am Weddingplatz.

**Räder Weidlich.** Alle Sorten Räder, Leiterwagen, Kastenwagen, Raupenwagen, Brunnenträger, 96 (Humboldt) 924.

**Löffler's Pelzhaut**  
Friedrichstr. 118/119, am Oranienburger Tor.  
Vorteilhafter Einkauf in Pelzsachen.  
Reparaturen werden prompt und sauber ausgeführt.

**Feine reiselustige Anzüge, Paletots, Ulster und Hosen** nach Maß!!! ganz besonders billig!!!  
Katz, Schneidermeister, Französischer Str. 46.

**Platin pro Gramm Mk. 260.—**  
kauft  
**Metallkontor**  
(Kaufmanns-Tor) Alle Jakobstr. 138  
Telephon Moritzplatz 112853.  
Geschäftszeit v. 9-5 Uhr.

**Blindfäden, Packfäden, Sätze, Garn** kauft Herbst, Tapezierer, Große Hamburger Straße 137/138.

**Elektromotore**  
Gleichstrom u. Drehstrom kauft  
**Ingenieurbureau Schlichting**  
Berlin W 9, Linkstr. 16.  
Tel.: Lützow 3705 und 3818.

**Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren** kauft  
**Borgwardt,**  
Prinzessinnenstr. 64, Moritzplatz 336/1.

**Zahngelisse**  
Goldschrauben, Silberschrauben.  
**Platin**  
Salpetersaures Silber, Quecksilber, sämtliche Metalle kauft höchstzahlend  
**Silberschmelze** Christianat, Köpenicker Str. 20a (gegenb. Mantelstr.)

**Platin 235 Mark.**  
**Zahngelisse**  
bis 2000 Mark, jedoch per Zahn nicht unter 13 Mark.

**Gold- u. Silbersachen** sowie Bruch konkurrenzlose Preise.  
P. Alte Schönhauser Straße 19.  
Geschäftszeit 9 bis 5 Uhr.

**Platina, Gold, Silber**  
Alte Gebisse bis 3000 M.  
Münzen, Zähne, Platin 12 bis 25 M. kauft  
**E. Hausdorf, NO. 18**  
Pallasstraße 11, v. 11.

**Kupfer** bis 20,—  
**Rotzinn** „ 18,—  
**Messing** „ 11,50  
**Blei** „ 6,50-7,—  
**Zinn** „ 8,50  
**Aluminium** „ 17,—  
per Kilo kauft ständig  
Koblenz, Hainbühlstr. 11.

**Zum Selbstverbrauch kauft höchstzahlend**  
Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Zink, Eisen und alle sonstigen Metalle.  
**„FATEA“**, Lützenstr. 66, Abt. Alt-Metall, Fernruf Norden 9305.

**Elektrische Leitungsdrähte Kabel - Litzen**  
Dynamo- u. Klingeldrähte kauft höchstzahlend  
**Silbermann**  
Neue Kottbuserstr. 32  
Fernruf Alex. 2115.

**Kupferleitungen, Motore, Dynamodraht**  
kauft zu Höchstpreisen  
**Elektrobusen, Langestr. 27,**  
1 Treppe, Alexander 3939.

**Kaninfelle,**  
Oelen, Stegen u. Rehfelle, Bildwände kauft zu höchsten Tagespreisen  
Robert Audi, Schildergasse 68, Berlin, Stephanstr. 68.

**Felle, Ziegen-, Kanin-, Hirschen-, sowie alle anderen Sorten** kauft höchstzahlend  
Glas, Lothringers Straße 89 (Laden).

**Elektromotoren**  
kauft — verkauft — repariert  
Einkauf von Kupferleitungsdrähten, Litzen und sämtl. Installationsmaterial  
**Wilhelm Neumann G. m. b. H.**  
Drauserstr. 43.  
Telef.: Moritzplatz 1359 u. 1364.

**Schnellaufbohrer,** Schmirgelstein, Natriumstahl kauft höchstzahlend  
Hetzschel, Mosbit, Rostocker Straße 22, Ecke Wittstocker Straße.

**Schnellaufbohrer** kauft laufend jeden Posten, zahle hohe Anschläge auf Verbandsliste.  
Friedrich Morgenstein, Lichtenberg, Weichselstr. 18, Telephon Alex. 1269.

**ERFINDER**  
Rat für Verwertung u. Anmeldung von Erfindungen  
**kostenlos.**  
Letzt. großer Erfolg: Verkauf durch uns erwirkten Patente zur Gewinnung von Lechtin 1500000 Mark.  
für Norddeutsche Patentbüro  
Berita, Friedrichstr. 9, 9-5, Sonntags 11-1.

**Hochgradig abgemagerte Personen**  
(während des Krieges, die noch Photos aus letzten Jahren haben, wollen sich malen Köthener Str. 41, H. Beckmann

**Friech eingetroffen:**  
Kaffee  
Schokoladen  
Van-Eta Kakao  
Schokoladen  
Rahmbonbons  
Tee  
Reis  
Reisflocken  
weiße Bohnen  
gelbe Erbsen  
Bananenmehl  
Maismehl  
Hartmehl  
Lökore  
Zigarren  
Zigaretten  
engros detail  
**F. P. A. Kauffmann**  
BERLIN S 14  
Wallstraße 55/56

**Fahrradgummi** Riesenwahl, Schläve, Weimasterstraße 4.  
**Fahrräder,** gebrauchte, Riesenwahl, Fahrradmäntel, Luftschluche allerbilligste  
Schläve, Weimasterstraße 4.  
Karbide, Karbidlampen, Lampenkörper jeder Karbidquantum  
Schläve, Weimasterstraße 4.

**Raucher dank!**  
aus gesch., ermittel. in einzig. Tagen d. Rauchen ganz od. teilw. zu unterlassen. Am liebsten: Wirk. verbl. Vollst. unrichtl. Tagl. Verh. Ausk. unnt.  
Institut Engbrecht  
München E. 21, Kaulstr. 2.

**Großen Erfolg**  
haben selbst die Kleinanzeigen in der „Freiheit“

**Die Beleidigung gegen Frau Tolltrop nehme ich hiermit zurück.** A. Chrecks.

**Former**  
auf Figuren und Kerastückarbeiten sucht zu günstigen Bedingungen Metallgießer  
**Adolf Klette G. m. b. H.**  
Prenzlauer Allee 36.

**Knopflochnäherinnen**  
gelte, für dauernde und lohnende Beschäftigung verlangt.  
sol. S. Blummann & Sohn, Pappelallee 78-79.

**Knopflochnäherinnen**  
gelte, für dauernde und lohnende Beschäftigung verlangt.  
solort Gebra. Berhardt, Wäschebstr. Pappelallee 78-79.

**Bettmässen.**  
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. unnt. Beste z. bestbewährte ges. gesch. Methode.  
**Institut Engbrecht,** München B 401, Kapuzinerstr. 5.

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Lommer.  
Syphilis, Haut-, Harnleiden. Behandl. schnell, sicher, ohne Berufsrisiko. Höhensoone.  
**Brunnenstraße 185.**  
9-1, 4-7, Sonnt. 9-1. Ets lauch 11.

**Fotoapparate**  
Prismenobjektive kauft, verkauft.  
**Rosenthal Nachf.,** Pappelallee 2.

**Großen Erfolg**  
haben selbst die Kleinanzeigen in der „Freiheit“